

Die Zerstörung Brasiliens

Politische Inkorrektheit an der Macht



Antonio Scorza / Shutterstock

Der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro während einer Pressekonferenz am 14. August 2020

Die katastrophalen nationalen und internationalen Auswirkungen der Politik des neoliberalen COVID-19-Leugners Jair Bolsonaro sind inzwischen weitgehend bekannt. Der folgende Beitrag unternimmt den Versuch einer umfassenden Darstellung und Bewertung unter besonderer Berücksichtigung der gegen die Rechte der indigenen brasilianischen Bevölkerung gerichteten gewaltsamen Politik.

Von **René Kuppe**

Am 3.8.2021 verbreiteten sich verzweifelt klingende Nachrichten aus Brasilien: An diesem Tag hatte der Kongress, eine der beiden Kammern des brasilianischen Parlaments, das seit Monaten öffentlich umstrittene Gesetzesvorhaben PL 2633/20 angenommen. Der Entwurf soll neue vereinfachte Regelungen zur Begründung von Privateigentum für illegale Besetzer von öffentlichem Land mit sich bringen. Was wie ein absurder Widerspruch klingt, nämlich die Legalisierung rechtswidriger Besetzung von öffentlichem Land, hat in Brasilien lange Tradition. Sie geht auf die Vorstellung von „herrenloser Wildnis“ zurück, die durch Kolonisten in wirtschaftlich erschlossenes Land verwandelt wird. Derartigen Grundsätzen wurde in der Frühzeit europäischer Kolonialexpansion vielfach entsprochen, auch in den USA des 19. Jahrhunderts. In Brasilien jedoch feiert diese radikalste Form kolonialistischer Landraubs unter Präsident Jair Bolsonaro ihre extremste Wieder-

auferstehung. In besonderer Weise sind die Territorien indigener Völker direktes Ziel der neuen Kolonialpolitik: In manchen Teilen Brasiliens standen am Tag der Verabschiedung des Gesetzesentwurfs buchstäblich bewaffnete Gruppen an den Grenzen des von Indigenen besiedelten Landes bereit, um auf endgültiges Grünes Licht für den Landraub zu warten.

Den neuen Regelungen gingen unter Federführung der Regierung Bolsonaro bereits ähnliche andere voran. PL 2633/20 treibt jedoch den offiziell sanktionierten Landraub auf die Spitze. Der Entwurf sieht vor, dass öffentliche Flächen bis zu 25 km² „legalisiert“ werden können. Es können sogar Titelverleihungen an diejenigen erfolgen, die bereits über andere ländliche Besitztümer verfügen oder an mehreren Orten auf öffentliches Land eingedrungen sind. Es geht also nicht um sozialen Ausgleich, um die Schaffung von Lebensmöglichkeiten für arme landlose Bauern,

werden, konnten durch diese Vernetzung eine robuste parlamentarische Basis finden.

Trotz vieler Umsetzungsdefizite hatte die brasilianische Umweltgesetzgebung in den Jahren nach Verabschiedung der Verfassung von 1988 ein für lateinamerikanische Verhältnisse hohes Niveau gewonnen. Es kam zu einer erheblichen Ausweitung von Schutzgebieten. Landeigentümern war verboten, die natürlichen Vegetationsgegebenheiten ohne weiteres zu verändern. Seit 2011 war eine Regelung in Kraft, die die Ausfuhr von Forstprodukten von einer Genehmigung durch die staatliche Umweltbehörde IBAMA vorsah: diese und viele andere Regelungen sind der Agrarlobby ein Dorn im Auge gewesen.

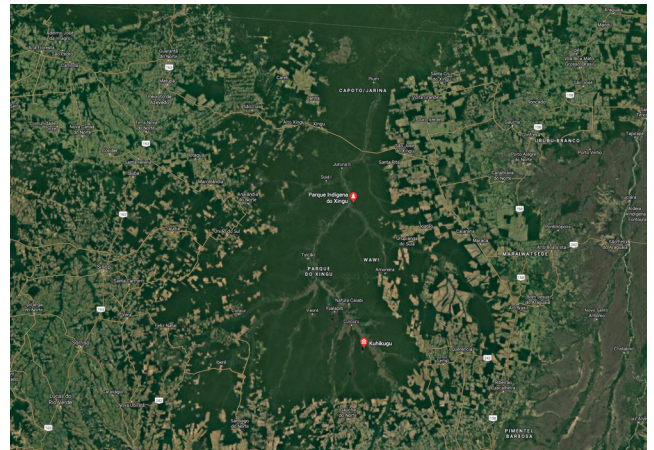
Seit Amtsantritt des Präsidenten am 1.1. 2019 erfolgte dann Schlag auf Schlag eine völlige Untergrabung dieser brasilianischen Umweltpolitik. Dieser Wandel beruhte nicht nur auf einzelnen Gesetzesänderungen, sondern auf der Zielsetzung, die strukturelle Implodierung des Umweltschutzes herbeizuführen.

Staatliche Institutionen, etwa IBAMA oder das für Schutzgebiete zuständige Chico Mendez Institut für Biodiversität wurden zusammengelegt und finanziell ausgedünnt, das sehr qualifizierte und langjährig erfahrene Personal durch Personen, die aus dem Sicherheitsapparat oder unteren Rängen des Militärs stammten, ersetzt. Weitgehende Kompetenzumstellungen trugen dazu bei, bestehende Strukturen zu zerschlagen und neue wenig rechtsstaatlich transparent zu machen. Die neuen Funktionäre waren nicht nur vollkommen unerfahren im Bereich Umweltschutz, sondern standen entsprechend der Sichtweise des Militärs, unter Schutz gestellte ausgedehnte „mensenleere“ Regenwaldgebiete als Gefahr für die Souveränität des Landes anzusehen, dem Umweltschutz grundsätzlich feindselig gegenüber. Eine weitere Zielsetzung war die weniger restriktive Anwendung des Umweltrechtes. So ging die Höhe der wegen Umweltschäden behördlich verhängten Strafen trotz massiver illegaler Rodungen erheblich zurück. Im ersten Halbjahr des Jahres 2000 waren sie gemäss eines in der Zeitschrift *Biological Conservation* zitierten Berichts vom 24.8.2020 auf niedrigstem Stand seit einem Jahrzehnt, obwohl die Entwaldung im Brasilien im selben Zeitraum auf 4719 km² angestiegen war – die höchste absolute Zahl seit 2015.

Schließlich wurden die Regelungen des Umweltrechtes in vielen Einzelbereichen erheblich heruntergefahren. So wurde beispielsweise ermöglicht, Bergbauaktivitäten schon vor der endgültigen behördlichen Genehmigung aufzunehmen. Die Einsatz von zuvor als gesundheitsschädlich eingestuften Pestiziden wurde erleichtert, Firmen wie Monsanto die Aussaat von bestimmtem gentechnisch verändertem Saatgut von Mais zugebilligt und Regelungen zur Restitution illegal gerodeter Landflächen wurden gelockert. Insgesamt zeigte sich, dass unter der Regierung Bolsonaro die Bekämpfung von Umweltzerstörung und insbesondere Entwaldung nicht nur kein politisches Ziel mehr sein sollte, sondern – im Gegenteil – diese für die Durchsetzung der Interessen des Agrobusiness sogar bewusst in Kauf genommen wurde. Den unverblümt neu verfolgten Interessen standen jedoch nicht nur die bisherigen Institutionen und Regelungen des eigentlichen Umweltschutzes im Wege sondern auch die Präsenz von in besonderer Weise mit den Wäldern verbundenen Indigenen Völkern. An sich gilt in Brasilien seit Inkrafttreten der demokratischen Verfassung von 1988 eines der robustesten Systeme Lateinamerikas zur Absicherung der Rechte Indigener Völker an traditionell genutzten Ländern und Territorien, das in den Jahren danach noch wesentlich ausgebaut worden war.

Dem Staat und nicht-indigenen Personen ist es verboten, auf den traditionell besessenen Ländereien wirtschaftliche Aktivitäten

und besonders die Ausbeutung von Ressourcen vorzunehmen. Im besonderen ist der brasilianische Staat gem. 231 der Verfassung verpflichtet, die Rechte der indigenen Völker an den traditionell besessenen Ländereien zu schützen und diese zu diesem Zweck zu demarkieren. Der Abschluss der Demarkierungsverfahren ist auch 33 Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung für alle in Frage kommenden indigenen Ländereien nicht abgeschlossen. Zunehmend wurde jedoch auch von staatlicher Seite die Ausweitung der Demarkierung indigener Ländereien als wichtiges zusätzliches Standbein im Kampf gegen Entwaldung anerkannt: Es entspricht einer wichtige Einsicht in globalem Maßstab, dass die relativ intaktesten Ökozonen der Erde mit (verbleibenden) Territorien indigener Völker zusammenfallen. Diese Überlagerung ist kein Zufall: „Vielfalt und ökologischer Reichtum dieser Gebiete sind nicht nur die Folge von geringer Bevölkerungsdichte oder scheinbar wenig entwickelten Technologien, sondern hängen mit der Lebensweise dieser Völker zusammen. Die traditionelle spirituelle Beziehung indigener Völker zum Lebensraum, die oftmals gemeinschaftliche Ressourcennutzung sowie die gewohnheitsrechtlichen Formen der Bewirtschaftung von Wäldern, Berggebieten, Gewässern und Wildtieren haben die genetische und ökologische Vielfalt nicht nur bewahrt, sondern ihre Ausbildung an vielen Orten der Erde sogar stimuliert.“¹ Diese allgemeine Einsicht trifft auch für Brasilien zu.



Auf diesem aktuellen Satellitenbild sieht man – als deutlichen grünen und somit bewaldeten Keil – das letzte größere zusammenhängende Gebiet mehrerer indigener Ländereien in den Norden des Bundesstaates Mato Grosso hereinreichen, die fleckigen Gebiete, die den Keil – das Obere Xingú-Gebiet – umgeben, sind Rodungsflächen, die der massiven landwirtschaftlichen Erschließung dieses Raumes in den letzten Jahren entsprechen.

Die durch anthropologische Einsichten und Satellitenbilder gestützten Eindrücke von der Relevanz indigenen Landes für die Sicherung von intakter Natur und zusammenhängendem Bewaldung wurde beispielsweise durch eine Studie aus 2020 bestätigt. Gemäss dieser ist die Entwaldung in indigenen Ländereien, deren Demarkierung abgeschlossen wurde, um 66% geringer als außerhalb derartiger Gebiete. Die Integrität der Ländereien indigener Völker ist somit nicht nur Sicherung des Überlebens der dort lebenden Völker und ihrer Kulturen und Institutionen, sondern es kommt ihnen eine Schlüsselfunktion bei der Verhinderung von Entwaldung zu.

Neben den indigenen Völkern gibt es vor allem im Amazonasraum andere Bevölkerungsgruppen mit Lebensformen, die an die natürlichen Ökotope angepasst sind und die ihrerseits in beson-

¹ Siehe: Indigene Völker als „Hüter der Artenvielfalt“, Universität Wien: Gastbeitrag von René Kuppe und Verónica Yuquilema | 22. Januar 2020, <https://news.univie.ac.at/uniview/wissenschaft-gesellschaft/detailansicht/artikel/indigene-voelker-als-hueterinnen-der-artenvielfalt/>

derer Weise zur Erhaltung von biologischer Vielfalt und ökologischem Gleichgewicht beitragen. Der Widerstand der Seringeiros (Gummisammler) gegen willkürlichen Landentzug durch Großgrundbesitzer wurde durch den Landarbeiterführer Chico Mendez bekannt, was schließlich im Dezember 1988 zu seiner Ermordung führte. Quilombolas sind Gruppen von Afrobrasilianern, die in meist entlegenen ländlichen Regionen Gemeinschaften mit eigenständiger politischer Organisation und gewohnheitsrechtlicher Nutzung von Land und Ressourcen entwickelt haben. Riberinhos sind nicht-indigene Bevölkerungsgruppen, die im Einzugsbereich von Flüssen leben und sich auf Fischfang und kleinräumigen Subsistenzbodenbau stützen. Sie wurden vor allem durch Widerstand gegen den Bau des bereits erwähnten Grosskraftwerks Belo Monte bekannt.

Diese und andere Gruppen werden in Brasilien mit dem Begriff „traditionelle Gemeinschaften“ umschrieben; eine Debatte um den Schutz der von diesen Gruppen verteidigten besonderen Lebensformen wurde erst im Gefolge der brasilianischen Verfassung von 1988 ausgelöst und ist in dieser breiten Form eine Besonderheit Brasiliens. In dynamischer Weise haben sich diese Gemeinschaften politisch organisiert und orientieren sich bei den Anforderungen von Land- und Autonomierechten zunehmend an den indigenen Völkern.

Die Existenz und Lebensweise indigener Völker und traditioneller Gemeinschaften, in Verbindung mit deren dichter werdenden politischen Präsenz und Selbstorganisation, sind im Grunde genommen das politische Feindbild schlechthin aller Gruppen, die Bolsonaro unterstützen. Durch die starke rechtliche Position stehen die Länder dieser Gruppen einer Expansion der Landbasis des Agrobusiness ernsthaft im Wege. Durch die Bezugnahme auf Umweltschutz und Regenwalderhaltung werden sie als „fünfte Kolonne“ der von Leandro Narloch in Brasilien populär gemachten ausländischen „Verschwörung“ gegen die Entwicklung Brasiliens denunziert. Indigene Völker und Quilombolas praktizieren zumindest teilweise weiterhin traditionelle nicht-christliche Religionen, dadurch sind sie für die evangelikalen christlichen Gruppen Inbegriff einer „direkt von Satan inspirierten heidnisch-unmoralischen Welt.“

Viele der anerkannten indigenen Ländereien liegen in Grenzregionen Brasiliens zu Nachbarstaaten und haben erhebliche geografische Ausdehnung. Das an der Grenze zu Venezuela gelegene größte anerkannte Indigenenland Brasiliens, die Terra Indígena Yanomami, wurde seit der Einrichtung 1992 von hochrangigen Militärs als nationales Sicherheitsrisiko angesehen. Schon sehr früh hatte Bolsonaro seine Einstellung zur offiziellen brasilianischen Indigenenpolitik deutlich gemacht. Fast sprichwörtlich wurde seine bereits aus 1998 stammende Äußerung im brasilianischen Kongress: „Die brasilianische Kavallerie war sehr wenig effektiv. Wirklich effektiv war die US-Kavallerie, die ihre Indianer (sic) in der Vergangenheit dezimierte, so dass sie heute in ihrem Land dieses Problem nicht haben. Und wenn ich auch nicht sage, dass sie dasselbe mit den brasilianischen Indianern tun sollten, so empfehle ich nur etwas zu dem was vor einigen Jahren konzipiert wurde, nämlich indigene Reservate (sic) in einer mit ihrer Bevölkerungsgröße kompatiblen Größe abzugrenzen“.²

Bei einer anderen Gelegenheit – bereits im Präsidentschaftsamt – brachte Bolsonaro weiters seine Einstellung zur Indigenenthematik zusammenfassend zum Ausdruck: „Der Indianer (sic!) hat sich gewandelt. In zunehmendem Ausmaß wird der Indianer ein menschliches Wesen, genau so wie wir. Das bedeutet, dass der Indianer in

zunehmendem Ausmaß zur Gesellschaft beiträgt, und zunehmend der Eigentümer seines indigenen Landes wird.“ In beiden Äußerungen zeigen sich die völlig ablehnend-konträren Einstellungen Bolsonaros zu einer auf Respektierung und Schutz der indigenen Lebensweise und indigener Selbstbestimmung beruhenden Politik. Schon unmittelbar nach Amtsantritt begann seine Regierung – eingebettet in ihre ultra-wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik und konservative Gesellschaftspolitik – bislang unvorstellbare Maßnahmen in Kraft zu setzen oder zumindest vorzubereiten.

Wichtige Grundsätze dabei waren:

- Weitgehende geografische Verringerung der bisher anerkannten indigenen Ländereien
- Keine zusätzlichen Demarkierungen, also keine weitere formell-staatlichen Anerkennungen, von Indigenenland;
- Infragestellung der bisher vorgenommen Demarkierungen durch Aufgreifen des Schutzes der angeblich übergangenen Menschenrechte von nicht-indigenen Interessenten – in der Praxis illegale Okkupanten oder kommerzielle Firmen aus dem Bereich Bergbau oder Agrobusiness;
- Öffnung der bestehenden indigenen Ländereien für die kommerzielle Ausbeutung natürlicher Reichtümer durch Bergbau, Wasserkraft oder kommerzielle Landwirtschaft;
- Umwandlung des kollektiven Nutzungsrechtes der einzelnen indigenen Völker an „traditionell besessenem Land“ in individuelles Privateigentum, wobei dabei gleichzeitig die Gesamtfläche des indigenen Landes verringert werden soll;
- Abgehen von einer bisher eingeschlagenen Politik der Nicht-Kontaktierung von jenen Bevölkerungsgruppen, die nach wie vor in freiwilliger Isolation leben;
- Ersetzen des erfahrenen anthropologischen Personals in der für den Indigenenschutz zuständigen Behörde FUNAI durch Militärangehörige und durch Personen, die evangelikalen Missionsorganisationen nahestehen;
- Förderung und propagandistisches Zurückgreifen auf indigene Einzelpersonen oder indigene Organisationen, die die traditionelle indigene Lebensweise ablehnen und sich für eine „moderne Entwicklung“ und „Reichtumserwerb“ aussprechen. Hier handelt es sich vor allem um Personen oder Gruppierungen, die von den überall im Land ausgebreiteten evangelikalen Freikirchen beeinflusst sind.

Die in den letzten Jahren vorgesehenen oder bereits in Kraft getretenen Maßnahmen und neuen Regulierungen, deren Einzelbeschreibung den Umfang dieses Artikels sprengen würde, ging so atemberaubend schnell und inhaltlich-einschneidend über die Bühne, dass der Rechtsprofessor der Universidade Estadual de Mato Grosso do Sul (UEMS) und Experte für indigene Landrechtskonflikte, Manuel Caleiro, dem Autor dieses Beitrag gegenüber feststellte: „Man hat das Gefühl, dass in jeder Woche die mühsamen Fortschritte von einem ganzen weiteren Jahr erfolgreicher Indigenenpolitik zurückgedreht werden.“

Um das Regierungsprogramm in Bezug auf den Amazonas effektiver umsetzen zu können, kam der Regierung noch ein weiterer wohl unerwarteter Umstand zugute. Das Auftreten der COVID-19 Pandemie: berühmt-berüchtigt sind Äußerungen des am 21.6.2021 seines Amtes verlustig gewordenen Umweltministers Ricardo Salles, der sich vehement für nationale Autonomie gegenüber „ausländische Einmischung“ in Brasiliens Umweltangelegenheiten gewandt hatte und der Druck auf Mitarbeiter der früheren Umweltbehörde IBAMA ausgeübt hatte, weil diese Umweltverbrechen nachgegangen waren. Salles äusserte sich im Mai 2020 mit den

² Das Zitat, das oftmals verkürzt wiedergegeben wird, kann man beispielsweise im portugiesischen Originalwortlaut nachlesen unter: <https://piaui.folha.uol.com.br/lupa/2018/12/06/verificamos-bolsonaro-cavalaria/>

folgenden Worten: „[Wir sollten] uns in diesem ruhigen Moment in Bezug auf die Presseberichterstattung anstrengen, weil sie nur über COVID sprechen, um alle Regeln durchzusetzen und zu ändern und Normen zu vereinfachen.“ Zynisch gesprochen könnte man sagen dass man am eigenen Verhalten von Salles ersehen kann was er unter Normen vereinfachen versteht, – er musste wegen krimineller Machenschaften und massiver Verwicklungen in illegale Holzverkäufe sein Ministeramt zurücklegen. In der Tat wurden in der Folge die durch die in Brasilien katastrophal aufgetretenen Pandemiewellen bewirkte Schwächung der Organisationen der indigenen Völker und der Organisationen der traditionellen Gemeinschaften ausgenutzt, um deren Rechte gleichsam durch gewaltsam implementierte Maßnahmen zu überrollen.

Bolsonaros Politik manifestiert sich nicht nur in neuen staatlichen Normierungen und Maßnahmen. Die Regierung – die auch mit juristischem Widerstand durch brasilianische Gerichte Sand im Getriebe verspürte – setzt auch darauf, einfach neue soziale Tatsachen zu schaffen.

Tagtäglich senden Bolsonaro, seine Minister und die von der Regierung kontrollierte Bürokratie die Botschaft aus, dass es legitim sei, den Regenwald in produktives Land umzuwandeln; dass für die großen Waldbrände in Brasilien die primitiv lebenden indigenen Völker selbst verantwortlich seien und erst moderne Landwirtschaft Nachhaltigkeit und richtig verstandenen Umweltschutz garantiere; und dass das brasilianische Volk ein Recht darauf hätte zu arbeiten. Die im Interesse der landwirtschaftlichen Erschließung des Landes in den Raum gesetzte Propaganda vermengt sich mit subtilen Gewaltappellen: Am 28.7.2021, dem „Tag des landwirtschaftlichen Produzenten“, verbreitete das brasilianische staatliche Sekretariat für soziale Medien, SECOMVC, aus Anlass des „Tages des Landwirts“ das untenstehende Emblem. Es zeigt einen „Jagunço“, einen bewaffneten, ursprünglich mit einer Jagunço genannten „afrikanischen“ Lanze bewaffneten privaten Sicherheitsmann, so wie diese heute von den Großgrundbesitzern bei illegalen Besetzungen von Staatsland und zur gleichzeitigen Abwehr von indigenen Aktivisten oder Kleinbauern eingesetzt werden. Der im Bild ersichtliche Slogan „Wir ernähren Brasilien und die Welt“ entspricht der gezielten Öffentlichkeitsarbeit des brasilianischen Agrobusiness, die eigenen Aktivitäten als nachhaltigen Beitrag zur Befriedigung globaler Nachfrage hochzustilisieren. Die Auswirkungen derartiger Botschaften lassen nicht lange auf sich warten: Wir kommen an den Anfang dieses Artikels zurück: Immer wenn eine neue Maßnahme zur Legalisierung des Raubes von öffentlichem Land, der Verkleinerung von indigenen Ländereien von ganz oben verkündet wird, werden neue meist bewaffnete Gruppen ermuntert, um weitere Teile der „Wildnis“ – illegal und meist gewaltsam – in Besitz zu nehmen.

Goldsucher, Viehzüchter und Landwirte sind jedoch schon längst in viele Naturschutzgebiete und demarkierte indigene Ländereien unkontrolliert eingeschwärmt. Sehr oft kommen die landlosen Bauern als „Vorhut“, dann folgen die Jagunço der Großgrundbesitzer. Auch mit Kleinflugzeugen bewegen sich mit Waffen ausgestattete Goldsucher in entlegensten Gebiete, deren Sponsoren und Auftraggeber mit der organisierten Kriminalität – Waffenschmuggel, Holz- und Waffenhandel – verbunden sind. Ein markantes Beispiel ist das seit 1992 demarkierte „Indigene Land Yanomami“; ca. 96.000 km² groß, umfasst es etwa 331 indigene Dorfgemeinschaften. Im Gebiet sind auch isoliert lebende Gemeinschaften festgestellt worden. Schon um 1990 hatte es eine massive Invasion von illegalen Goldsuchern in diesen indigenen Lebensraum mit massiven ökologischen und gesundheitlichen Folgen für die indigene Bevölkerung gegeben; durch die Einrichtung der Terra Indígena ist die Situation


jedoch weitgehend unter Kontrolle geraten und das kulturelle und physische Überleben der Yanomami schien gesichert. Seit Beginn der Präsidentschaft Bolsonaro hat sich die Situation jedoch dramatisch verändert. Der Abzug von staatlichen Kontrollposten aus dem Yanomami-Land herausführenden Flusskäufen haben den Zugang ins innere dieses Gebiet praktisch geöffnet. Daneben hat ein staatlich forcierter Diskurs über die Legitimität des Goldbergbaus dieser Tätigkeit den Anschein von Legalität gegeben, obwohl er in der vorgenommenen Weise verfassungswidrig ist. Schon im Juli 2019 wurde die Zahl illegaler Goldsucher im Yanomami-Land auf 20.000 geschätzt. Neben COVID-19 verbreitete sich neuerlich wegen der konkreten Bedingungen des Goldbergbaus mit freigelegten Wasserpfützen Malaria unter der indigenen Bevölkerung. Besonders dramatisch ist die neuerliche Vergiftung der Flüsse durch Quecksilber für den Goldbergbau, bei einer Bevölkerung die teilweise noch an den Nachwirkungen von Quecksilbervergiftungen aus den späten 1980ern leidet, inklusive neurologische Krankheiten wie Minimata Krankheit.

Erstmals kam es in dem Gebiet seit vielen Jahren wieder zu signifikanter Entwaldung

Seit 2020 führen Goldsuchertrupps bewaffneten Angriffe auf einzelne indigene Dörfer, bei welche gezielt Personen verletzt oder sogar erschossen wurden. Anzeigen und Ersuchen um Polizeiinterventionen wurde nur zurückhaltend und symbolisch entsprochen, die Verbrechen bleiben durchwegs ungesühnt.

Das Yanomami-Land in äußersten Norden ist nicht das einzige Gebiet, das in den letzten drei Jahren dramatische Veränderungen erfahren hat: Die Auswirkungen der neuen Politik summieren sich.

Gemäss einer Studie des renommierten Nationalen Instituts für Raumforschung (INPE) lässt sich im brasilianische Amazonasgebiet zwischen August 2018 und Juli 2019 eine Entwaldungszone von etwas über 10.000 km² nachweisen, eine Ausdehnung halb so groß wie das Bundesland Niederösterreich – damit aber die höchste Entwaldungsfläche seit dem Jahr 2008. Diese Zahl allein scheint beim grössten Regenwaldgebiet der Erde im ersten Moment vielleicht nicht dramatisch zu wirken, doch seit Amtsantritt Bolsonaros galoppiert die Entwaldung in diesem Ausmaß weiter und dürfte inzwischen sogar noch weiter beschleunigt worden sein. Noch ist der Amazonasregenwald als Ganzes nicht gefährdet. Die Veränderungen der Ökosysteme im kleinen, insbesondere die flächige Zunahme der Entwaldung, kann jedoch zu einem Punkt kippen, bei dessen Überschreitung das gesamte restliche System kippt. Die Entwaldung des Amazonasgebietes hat derzeit a. 17% erreicht, laut dem bekannten brasilianischen Umweltforscher Carlos Nobre könnte der Kickpunkt bei 20 bis 25% in etwa 15 bis 30 Jahren erreicht sein.³

Summa summarum zeigen die hier dargestellten Verhältnisse, dass in Brasilien zunehmend ein Völkermord mit einer Umweltzerstörung Hand in Hand geht, die auch den Rest der Menschheit bedroht. 

***Renè Kuppe** ist Jurist, Kulturanthropologe und pensionierter Universitätsprofessor. Er beschäftigt sich besonders mit Rechtsfragen, die mit indigenen Völkern und ethnischen Minderheiten in Zusammenhang stehen. In diesem Zusammenhang hat er auch an internationalen Projekten mitgewirkt, bei denen es um Gesetzgebung oder um die Implementierung von Landrechten indigener Völker in Lateinamerika oder im Arktischen Raum ging.*

E-Mail: rene.kuppe@univie.ac.at

³ Siehe die Verweise in: Thomas Fatheuer, *Amazonien und die Regierung Bolsonaro. Zerstörung und Widerstand.* FDCL Berlin 2020, S. 7.